

# Eine Schande für Preussen

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Der Friede : Monatsschrift für Friedens- und Schiedsgerichtsbewegung**

Band (Jahr): - **(1893)**

Heft 11

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-803271>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## Eine Schande für Preussen.

Der Knalleffekt: „Der Sieger von Sadowa“, verliert in Deutschland allmählig seine Wirkung, da die Presse den Schleier der Schulverhältnisse Preussens öfter lüftet und uns u. A. folgende Illustrationsproben vorführt, die im Vergleich zu den in frühern Nummern enthaltenen Notizen über die Militärauslagen sich um so schärfer abheben auf dem Bilde des „fortschrittlichen“ einigen Deutschland, dessen Volk und Volksführer in ihrer Mehrheit ja immer noch keinen Militärstaat wollen:

„Im deutschen Heer kommt auf 6—7 Gemeine ein Unteroffizier, in Preussen auf 70 bis 80 Schulkinder, ja 120 bis 150 auf einen einzigen Lehrer. Nach dem Heft 120 der „Preussischen Statistik“ sassen im Jahr 1891 in überfüllten Klassen 1,661,182 von im ganzen 5,229,891 schulpflichtigen Kindern und zwar in Klassen mit 81 bis 100 (einklassige Schulen) bzw. 71—90 Schülern (mehrklassige Schulen) 1,309,175, in Klassen mit 101—150 beziehungsweise 91—120 Schülern 324,821 und in Klassen mit mehr als 150 bzw. 120 Kindern 27,186 Kinder.

„Es gäbe ja ein einfaches Mittel,“ sagt die „Z. Post“, den Leuten zu helfen, ein Mittel, das man bei den Subalternbeamten seit einigen Jahren mit Erfolg angewendet hat: die Gehaltaufbesserung. Von den zirka 70,000 preussischen Lehrern und Lehrerinnen dagegen haben 9000 ein Gehalt von mehr als 1350 Mark; 30,000, also fast die Hälfte, lebt mit Kind und Kegel *von weniger als 900 M. jährlich*; nicht weniger als 20,878 haben *unter 800 M.* und 3200 gar *unter 600 M.* Ganz anders gestellt sind die Geistlichen. Der Oberpfarrer in Heldrungen bezieht mit einem Einkommen von jährlich 8957 M. 514 M. mehr als die 6 städtischen Lehrer. Roitsch bei Bitterfeld zahlt seinem Seelsorger doppelt so viel Gehalt als seinen 5 Lehrern *zusammen*, der Pfarrer in Weban (Weissenfels) gar erhält viermal soviel Gehalt als die beiden dortigen Lehrer.

Seit 20 Jahren verspricht man den preussischen Lehrern, in deren Händen der stärkste Kulturfaktor ihrer Nation, die Bildung liegt, eine Aufbesserung ihrer erbärmlichen Gehälter; bis heute ist auch nicht das Bescheidenste geschehen, denn die vor kurzem vom preussischen Abgeordnetenhaus bewilligten drei Millionen zur „Verbesserung der Volksschulverhältnisse“ *wandern zum grössten Teil in die Taschen der schullastempfindlichen Gutsbesitzer*. Der Rest ist Schweigen. *Alle anderen Beamtenkategorien haben Zulage bekommen*, die Lehrer stehen heute, wo sie vor 30 Jahren standen, ihr Gehalt ist niedriger als das des letzten subalternen Schreibers!

Auch für ihre Hinterlassenen ist schlecht gesorgt. Kürzlich wurde eine Lehrerswitwe aus einem Ort bei Gumbinnen wegen Diebstals verurteilt, weil sie aus Not ein paar Scheffel Tannzapfen aus dem Walde holte; ihre Pension beträgt 250 M. pro Jahr. Die Wohnungsverhältnisse der ländlichen Lehrer sind wahrhaft idyllische; auf einem Gut in Hinterpommern, das dem bekannten Führer der Konservativen, Freiherrn von Minnigerode, gehört, wohnt ein Lehrer, der 80 Kinder zu unterrichten hat, mit dem Schäfer unter einem Strohdache; ein halbverfallenes Loch ist die Behausung des „Erziehers der kommenden Generation.“

Vielleicht wäre die preussische Lehrerschaft immer noch gutmütig genug, für ihren schönen Beruf diese Verhältnisse zu ertragen, wenn sie den Trost hätte, wenigstens in der moralischen Wertschätzung höher zu stehen. Wie es sich damit verhält, zeigt vor einiger Zeit die vielbesprochene Ver-

wendung von Seminaristen als — Treiber (bei Jagden); nicht übel auch das Urteil des Landtagsabgeordneten Freiherrn v. Liliencron, der die Forderung der preussischen Lehrerschaft, das Grundgehalt auf 1200 M. festzusetzen, als „ausverschämt“ bezeichnete. Sein Kollege von Unruh drückte sich geschmackvoll so aus: „Der Lehrerstand ist voll Arroganz, die Lehrer sind Leute von niederer Herkunft und kümmerlicher Bildung.“

Unter diesen Umständen bewundere ich die Leute, die naiv Zeter und Mordio schreien, wenn die Lehrer in ihrer wirtschaftlich und moralisch geknebelten Lage, in ihrer trostlosen Hoffnungslosigkeit sich der Sozialdemokratie zuwenden.

*Frage:* Wer ist noch kurzsichtig genug, nicht einzusehen, dass diese moralisch und wirtschaftlich so geknebelten einstigen „Sieger . . . .“, wie viele andern Berufsgenossenschaften sich mit der Zeit vielerorts samt und sonders der Sozialdemokratie in die Arme werfen müssen, um für sich und ihre hungern- den Angehörigen mehr „Frieden“ zu finden als unter modernen, nicht klassischen Sklavenhaltern. Und glaubt nicht jeder weise Staatsmann und Volksfreund, durch solch eine Verkümmern der Volkserzieher, die gewiss in ihrer Gesamtheit trotz dem obbezeichneten Misverhältnis, einen weitaus nachhaltigeren moralischen Einfluss ausüben, als die mit ihnen in parlamentarischen und journalistischen Kreisen in letzter Zeit oft verglichenen Unteroffiziere, werde die ganze Nation der Zukunft Schaden leiden. Der Kaiser von Deutschland, dem die Jugenderziehung und Volksbildung doch gewiss auch am Herzen liegt, musste sich gewiss (im Stillen) nach der schwankenden und zu teuer verkauften Annahme der Militärvorlage besonders im Hinblick auf die Notlage der Landschullehrer Preussens sagen: „Noch ein solcher Sieg, und — ich bin verloren,“ sofern er sich nicht bloss, wie im Vorjahre, um „Hitzferien“, sondern um Handhabung von Recht und Gerechtigkeit für jeden Stand und Beruf seines ausgedehnten Reiches ernstlich kümmert und selbst nach den „Tronreden“ wahrhaftig und energisch den *Frieden* hochhält.

## Neuestes.

Sitzung des Zentral-Komitee des Schweiz. Friedens- u. Erziehungsvereins

**20. August im Café du Nord in Zürich.**

Nachdem der Präsident die Festsetzung der Sitzung auf diesen ungünstigen Zeitpunkt motivirt und die Fortschritte der Friedensbewegung im Ausland und in der Schweiz, insbesondere in den Kantonen Thurgau, St. Gallen, Appenzell und Graubünden beleuchtet hatte, unterbreitete er dem Komitee zunächst folgende drei Anträge, welche nach kurzer Diskussion zum Beschluss erhoben wurden:

1. Die in der ostschweizerischen Sektion seit der letzten Sitzung fortgesetzte Propaganda soll wo möglich auch in der Zentralschweiz und zwar zunächst in Zürich, Zug und Luzern fortgesetzt werden.

2. Den Komiteemitgliedern ist ebenfalls Auftrag und Vollmacht erteilt für diese Propaganda.

3. Zur wirksamen und leichten Organisation derselben sollen folgende Mittel angewendet werden:

- a) Wahl verschiedener Mitglieder in Spezial-Komitee.
- b) Aufruf im „Frieden“ und Verbreitung von ca. 300 Exemplaren (auf Kosten der Expedition und des Vereins).
- c) Verbreitung von Broschüren (z. B. des Vortrages von E. Ducommun) an Lesevereine etc. oder populäre Vorträge.

Den Mitteilungen des Kassiers (Sekundarlehrer Hürli- mann in Winterthur) über den Stand der Kassa und den Einzug der (noch ausstehenden) Jahresbeiträge von 1 Fr. im September) folgte nach einlässlichen Mitteilungen des